

11./12. Ausgabe – 5. Dezember 2006

Mit uns wird es keine Teilprivatisierung der Stadtwerke geben

Rede auf der Stadtdelegiertenkonferenz am 11. November 2006

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde!

Ich möchte über die Arbeit der Leipziger Stadtratsfraktion, deren Vorsitzende ich seit 102 Tagen bin, und die Problematik Anteilsverkauf an den Stadtwerken sprechen.

1. Politische Rahmenbedingungen:

Auf der bevorstehenden Stadtratsitzung am 15. November 2006 soll über die Einleitung des Verkaufsprozesses von Anteilen der Stadtwerke entschieden werden. Diese Entscheidung steht im Kontext schwieriger politischer Rahmenbedingungen:

· Bund-Land-Kommune:

Leipzig befindet sich am Rande der finanziellen Handlungsunfähigkeit. Dafür gibt es vielfältige Ursachen, die durch Bund und Land gesetzt werden. Einerseits gehen die Einnahmen der Kommunen zurück. Auch wenn Leipzig in den vergangenen Monaten von Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer profitiert, haben wir es nach wie vor mit einer Unterfinanzierung der öffentlichen Hand zu tun. Die Steuergesetze unter Rot-Grün haben hier zu beträchtlichen Einnahmeausfällen geführt, deren Folgen noch heute zu spüren sind. Die versprochene Gemeindefinanzreform, die zu sicheren Einnahmen hätte führen können, ist hingegen ausgeblieben.

Bei den Ausgaben sollten die Kommunen durch Hartz IV spürbar entlastet werden. Gerade bei den ostdeutschen Kommunen ist das genaue Gegenteil eingetreten. Die tatsächlichen Kosten

der Unterkunft, für die die Städte und Gemeinden einzustehen haben, sind auch den pessimistischsten Prognosen davongelaufen. Damit werden in Leipzig die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer nahezu vollständig durch die Mehrausgaben im sozialen Bereich aufgebraucht. Auch wenn der Bund sich künftig mit etwa 31% an den Kosten der Unterkunft beteiligen will, ist es eine Frage, inwieweit diese Mittel durch den Freistaat Sachsen gerecht an die Kommunen weitergeleitet werden. Zurzeit sind die großen sächsischen Städte da eindeutig im Nachteil, allen voran die Armutshauptstadt Leipzig.

· Der neue Oberbürgermeister und seine Zwänge

Neben den durch Bund und Länder zu verantwortenden Ursachen für die Verschuldung der Stadt gibt es selbstverständlich auch hausgemachte Probleme. Die Stadt hat seit Jahren über ihre Verhältnisse gelebt, man denke an Großprojekte und Events, deren nachhaltiger Nutzen für die Stadt fragwürdig ist. Seit Jahren haben wir einen verdeckt unausgeglichenen Haushalt, seit 2004 ist er offen unausgeglichen. Auch in der Zukunft kann von einem ausgeglichenen Haushalt keine Rede sein. Das heißt, die Ausgaben übersteigen die Einnahmen nach wie vor. Daran ändern auch Einmalverkäufe nichts.

Ein Verantwortlicher für diese Situation hat sich nach Berlin verdrückt, sein Nachfolger hat ein schweres Erbe angetreten. Monatelang agierte die Stadt unter einer vorläufigen Haushaltsführung. Das bedeutet, sie darf Geld nur für Pflichtaufgaben ausgeben. Neuinvestitionen unterliegen den Restriktionen durch das Regierungspräsidium.

· Verhältnisse im Leipziger Rathaus
Wie bekannt, agieren im Leipziger Stadtrat drei große Fraktionen, die nahezu gleichgroß sind. Mehrheiten sind nur möglich, wenn zwei dieser Fraktionen zusammengehen. Je nach Sachlage waren das die Linksfraktion und die SPD bzw. die CDU und die SPD. In Ausnahmefällen gab es auch Abstimmungen, wo CDU und Linksfraktion eine Mehrheit gegen die SPD-Fraktion bzw. den Oberbürgermeister gebildet haben. Es liegt in der politischen Natur der Sache, dass die kommunalpolitischen Positionen der SPD unseren näher stehen als die der CDU.

Es gab und gibt keine große Koalition. Das unterscheidet die Situation grundsätzlich von der im Landtag und ist meiner Meinung nach eine Ursache für ein unterschiedliches Herangehen an Politik, auch in unserem Stadtverband. Die Linksfraktion im Landtag hat ein Viertel der Mandate inne und agiert als stärkste Oppositionskraft. Dennoch kann sie gegen die große Koalition aus CDU und SPD nur begrenzt etwas durchsetzen. Daher liegt die Priorität der Politik im Dresdner Landtag eindeutig darauf, klar erkennbare Positionen zu formulieren und nach außen zu tragen, die den Unterschied zwischen Regierungsparteien und Opposition deutlich machen.

Im Leipziger Stadtrat ist es dagegen möglich, im Interesse der Leipziger Bürger um Mehrheiten zu ringen. Mehrheiten sind ohne Kompromisse selten zu haben. Das bedeutet für unsere Fraktion, den schmalen Grat zwischen fundamentaler Grundsatzverweigerung und opportunistischem Ja-Sagertum zu finden, zu betreten und möglichst auf keiner Seite abzustürzen. Das ist eine schwierige und mühselige Aufga-

be, die nicht nur in den Stadtratssitzungen geleistet werden muss, geleistet werden von Menschen in ihrer Freizeit, oft neben einem 40-Stunden-Job. Die Unterschiede zwischen den Aufgaben unserer Genossen im Landtag und im Stadtrat haben Auswirkungen bis hin zum Sprachgebrauch. Was man im Landtag zu Recht als politische Weicheierei ablehnen würde, kann im Stadtrat sinnvoll und erfolgreich sein. Was im Landtag als verbalradikale Opposition wirkt und sicher auch wirken muss, hat im Stadtrat so kaum Erfolgchancen.

Wer diesen Unterschied nicht berücksichtigt, wird es schwer haben, situationsgerecht und verantwortungsbewusst politisch zu handeln.

2. Zum Anteilsverkauf an den Stadtwerken:

Im Juli 2006, einen Tag nach der letzten Stadtratssitzung, präsentierte Oberbürgermeister Jung zwei Vorlagen mit einem Umfang von 378 Seiten, die zur Haushaltsanierung den Verkauf von bis zu 49,9% der kommunalen Stadtwerke einleiten wollte. Dass die Haushaltgenehmigung durch das Regierungspräsidium an die Privatisierung gebunden war, wurde dabei vom Oberbürgermeister immer wieder kommuniziert.

· Problemlage und Diskussion in der Fraktion

· Erste Meinungsbildung:

Welche Möglichkeiten hatte die Fraktion, diesen Beschluss zu verhindern? Es ging hier weniger um das „Tafelsilber“ als vielmehr um den drohenden Verkauf einer Milchkuh bzw. einer Gans, die goldene Eier legt. Aufgrund des Kräfteverhältnisses im Stadtrat war klar, dass die SPD als Bürgermeisterfraktion entweder uns oder die CDU-Fraktion als Mehrheitsbeschaffer brauchte. Die Gratwanderung sah in diesem Fall so aus: Sollten wir die Politik des kleineren Übels mitgehen? Damit hätten wir den Boden unseres Kommunalwahlprogramms verlassen, aber schlimmeres verhindert wie zum Beispiel den Verkauf weiterer kommunaler Unternehmen. Oder sollten wir uns sofort fundamental verweigern? Damit würden wir unserem Kommunalwahlprogramm entsprechen, wären sozusagen

„die Guten“ und hätten im Übrigen das Feld den CDU-Privatisierern überlassen. Beide Positionen gab es in der Fraktion und in unserem politischen Umfeld. Beide Positionen wurden in der Sommerpause in der Öffentlichkeit dargestellt, was natürlich zu Verwirrungen führte mit den entsprechenden Reaktionen besorgter Genossen. Als einzige – wenn auch geringe – Chance, aus diesem Dilemma herauszukommen, sahen wir die Möglichkeit, eine belastbare Alternative zu entwickeln und für diese um Mehrheiten zu werben. Bis dahin galt es, Sachbedenken aufzubauen und gleichzeitig so lange wie möglich zu verhindern, dass die SPD sich mit der CDU einigt. Mehr war nicht drin.

· Zeit gewinnen!

Daher hieß es für uns erst einmal, Zeit zu gewinnen. Zeit zur Diskussion, Zeit zur Entwicklung von Alternativen. Denn wir mussten uns inhaltlich damit auseinandersetzen, was die Auswirkungen des geplanten Anteilsverkaufes über den Einmaleffekt hinaus für die Stadt und für die kommunalen Unternehmen bedeutete. Im Ergebnis wochenlanger Arbeit in der Fraktion entstand so ein Bündel von Kritiken und Fragen, die am 5. September 2006 dem OBM übergeben wurden. Das verhinderte eine Beschlussfassung schon am 11. Oktober 2006. Parallel dazu wurde in Zusammenarbeit mit Vertretern der kommunalen Unternehmen nach Alternativen gesucht.

· Schritte und Ergebnisse

Es war vor allem der Arbeit von Reiner Engelmann zu danken, dass wir eine solche Alternative entwickeln konnten, die Privatisierungen im Bereich der Daseinsvorsorge vermieden hätte. Über diese möchte ich aus Zeitgründen nicht sprechen, bin jedoch gern bereit, sie auf entsprechende Anfragen zu erläutern.

Wir haben der Verwaltungsspitze diese Alternative vorgestellt und wollten sie zwingen, sie ergebnisoffen im Vergleich zum SWL-Anteilsverkauf zu prüfen. Das hatte leider keinen Erfolg. Dabei haben wir deutlich gemacht, dass der Oberbürgermeister mit unseren Stimmen nicht rechnen kann. So schusterte der OBM auf dem Opernball vom

27.10.06 mit Herrn Achminow von der CDU ein Bündnis zusammen, um doch noch einen Erfolg zu erzielen. Die neue Opernball-Vorlage – fachlich grotten-schlecht gemacht – wurde schnell zusammengestrickt und am 1. November 2006 in aller Eile mit den Stimmen von SPD und CDU im Verwaltungsausschuss durchgepeitscht. Wenige Stunden danach genehmigte das Regierungspräsidium den Haushalt 2006. Der neue Beschluss sieht vor, dass nach den Stadtwerkeanteilen auch Teile der darüber befindlichen LVV verkauft werden. Mit fatalen Folgen für die Arbeitsplätze in den künftigen LVV-Unternehmen und für die Sozialverträglichkeit von Preisen und Gebühren, und zwar für Strom, Gas, Fernwärme, Wasser, Abwasser, Nahverkehrsleistungen, Stadtreinigung und Müllabfuhr.

Was bleibt uns auf der parlamentarischen Ebene zu tun?

Wir haben vier Änderungsanträge zur Vorlage ins Verfahren gebracht, die den Stadtrat zwingen, Punkt für Punkt alternativ abzustimmen.

· **Fazit:**

Wir werden am 15. November den An-schub des Anteilsverkaufs nicht verhindern können.

Doch haben wir verhindert, dass die CDU Zeit genug hatte, ihren Privatisierungswahn mit konkreten Schritten zu untersetzen und diese der SPD-Fraktion aufzuzwingen.

Wir haben eine große Koalition der beiden Fraktionen verhindert, um auch in Zukunft im Interesse der Leipzigerinnen und Leipziger handeln zu können. Ich danke für die Aufmerksamkeit und stehe für Eure Fragen und Meinungen zur Verfügung. *Dr. Ilse Lauter*

Materialien

Alle Materialien im Zusammenhang mit dem Beschluss zum Verkauf von Anteilen der Stadtwerke Leipzig sind in der Fraktionsgeschäftsstelle einsehbar. Die Änderungsanträge und Redebeiträge der Fraktion in der Ratsversammlung vom 15. November 2006 zur entsprechenden Vorlage werden kurzfristig in einer Sonderausgabe des Löwenzahn zusammengestellt.

Beschlüsse der 5. Tagung der 10. Stadtdelegiertenkonferenz der Linkspartei.PDS Leipzig

Finger weg vom Eigentum der Leipziger Gewerkschafter

Der Stadtvorstand richtet einen Protestbrief an den Vorsitzenden des DGB, Michael Sommer, und wendet sich gegen den beabsichtigten Verkauf des Leipziger Gewerkschaftshauses „Volkshaus“.

Bekanntnis zum Käferhaus

Der Linkspartei.PDS-Stadtverband fordert vom Oberbürgermeister und Stadtrat ein klares Bekenntnis zum Erhalt

der Kindertagesstätte „Käferhaus“ und die sofortige Rückübertragung der Einrichtung mit Grund und Boden, einschließlich der zugehörigen Freifläche, an die Stadt. Die Landtagsabgeordneten werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Auszahlung der Landesfördermittel davon abhängig gemacht wird.

Aktionsprogramm

Das Aktionsprogramm 2007 / 2008, welches auf der Stadtdelegierten-

konferenz beschlossen wurde, ist als Kopie in der Geschäftsstelle des Stadtvorstandes im Liebknecht-Haus erhältlich oder im Internet unter www.linkspartei-leipzig.de abrufbar.

Zur aktiven Unterstützung des außerparlamentarischen Protestes zur Wiedereinführung eines Sozialtickets bei der LVB

Die Stadtdelegiertenkonferenz solidarisiert sich mit dem begonnenen Kampf des außerparlamentarischen Protestes um die Wiedereinführung eines Sozialtickets bei der LVB.

Seminarangebot der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Parteibildungsprozesse in der deutschen Arbeiterbewegung

Ein neuer Parteibildungsprozess befindet sich in Deutschland auf dem Weg

Die aktuellen Prozesse der Entwicklung der Linken in Deutschland drängen zu Fragen an die Geschichte. Die Herausbildung und Entwicklung der Arbeiterbewegung, der deutschen wie der internationalen, war immer ein Prozess der Formierung, der Brüche und Spaltungen, der Neukonstituierung. Es war immer ein mühsamer und widerspruchsvoller Prozess. Es ist nützlich, einen Blick auf die Geschichte dieses Prozesses zu werfen und dabei nicht nur das 20. und 21. Jahrhundert ins Auge zu fassen.

Dies wird mit der vorliegenden Publikation versucht, die Grundlage dieses Seminarangebots ist. Doch hier sind Warntafeln aufzustellen!

»Lehren« aus der Geschichte der Art, dass Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im Bund der Kommunisten ihren Ursprung hatte und in gerader Linie zur Partei »neuen Typus« führte, sind durch den Gang der Geschichte obsolet geworden.

»Lehren« sind Werk der Geschichtsschreibung und anderer Erinnerungsleistungen, sie sind legitimatischer, ideologischer Natur.

Wer mit ihnen hausieren geht, wird gleichfalls Opfer eigener Wünsche. Schon Hegel meinte skeptisch, dass aus Geschichte nur zu lernen sei, dass Völker und Staaten nichts aus ihr lernten.

Jakob Burckhardt schränkte ein: Das Studium der Geschichte mache nicht klug für ein andermal, doch weise für immer. Was Geschichte in diesem Sinne leisten kann, ist, »die Muster und Mechanismen des historischen Wandels [...] zu erkennen. Das und nicht Vorhersagen oder Hoffnungen sind es«, bemerkt Eric Hobsbawm zutreffend. In diesem Sinne sind die geschichtlichen Erfahrungen der Formierungs- und Parteibildungsprozesse der deutschen Arbeiterbewegung unverzichtbar für die Sicht auf gegenwärtige Entwicklungen.

Das einzig sichere Wissen über die Zukunft ist unsere Kenntnis der Vergangenheit, so relativ sie sein mag.

Veranstaltungsort - Seminarleitung - Teilnahme

Die Seminare finden in Leipzig statt und dauern jeweils von 10 bis 14 Uhr. Selbstverständlich ist auch die Teilnahme an einzelnen Seminaren möglich. Wegen der Begrenzung der Teilnehmerzahl auf 20 ist eine Anmeldung erforderlich (die Reihenfolge des Eingangs der Anmeldung entscheidet über die Berücksichtigung).

Themen und Termine

I. Auf der Suche nach einer effektiven Organisationsform - PROF. DR. WOLFGANG SCHRÖDER - 20. Januar 2007

II. Einheit und Vielfalt der proletarisch-sozialistischen Parteibildung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts - PROF. DR. JUTTA SEIDEL - 10. Februar 2007

III. Der politisch-ideologische Differenzierungsprozess in der deutschen Arbeiterbewegung während des Ersten Weltkrieges und seine organisatorischen Auswirkungen - PROF. DR. KURT SCHNEIDER - 17. März 2007

IV. Der deutsche Parteikommunismus - Konstituierung, Brüche, Spaltungen im Parteiprozess - PROF. DR. KLAUS KINNER - 28. April 2007

V. Die Gründung der SED. Ein Fazit mit dem Abstand von sechs Jahrzehnten - PROF. DR. GÜNTER BENSER - 19. Mai 2007

VI. Schon wieder eine Einheit, aber anders? 60 Jahre nach der letzten Einheitspartei - DR. STEFAN BOLLINGER - 9. Juni 2007

Literaturhinweis

Parteibildungsprozesse in der deutschen Arbeiterbewegung. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2006.

Tagungsort

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. Harkortstraße 10 · 04103 Leipzig

Tagungsbeitrag

Pro Seminar wird ein Teilnehmerbeitrag von 5 Euro erhoben.

Teilnahmebestätigung

Die angemeldeten Teilnehmer erhalten eine Bestätigung und weitere Informationen.

Seminargrundlage ist die Publikation: Parteibildungsprozesse in der deutschen Arbeiterbewegung. Hrsg. von Klaus Kinner. Rosa-Luxemburg-Stif-

tung Sachsen 2006 (= Texte zur politischen Bildung. H. 36). 123 S. ISBN 3-89819-247-4. Kostenbeitrag: 7,00 Euro, Mitglieder der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 5,00 Euro.

Nach Eingang Ihrer Teilnahmebestätigung senden wir sie Ihnen zu (Preis 5 Euro, mit Rechnung). Sollten Sie bereits im Besitz der Broschüre sein, vermerken Sie dies bitte auf der Teilnahmebestätigung.

Was heißt Gerechtigkeit? Seminarangebot

In einer Serie von Seminaren wird die neuere Philosophie zu diesem Thema befragt. Über das hinaus, was wir aus den Medien und von den Einzelwissenschaften erfahren, wollen wir zu einem möglichst umfassenden eigenen Urteil kommen. Wir werden unsere linke Identität nicht preisgeben, sondern stärken, indem wir uns auch mit Ideen auseinandersetzen, die aus einer anderen Haltung erwachsen sind. Es wird einführer Referate geben, aber auch genug Zeit zur Diskussion. Philosophische Grundkenntnisse sind nicht erforderlich, wohl aber die Lust, sich auf Philosophie einzulassen.

Veranstaltungsort - Seminarleitung - Teilnahme

Die Seminare finden in Leipzig statt und dauern jeweils von 10 bis 16 Uhr.

Sie werden geleitet von DR. EDELBERT RICHTER (Weimar) und WOLFRAM TSCHICHE (Klinke). Selbstverständlich ist auch die Teilnahme an einzelnen Seminaren möglich. Wegen der Begrenzung der Teilnehmerzahl auf 20 ist eine Anmeldung erforderlich (die Reihenfolge des Eingangs der Anmeldung entscheidet über die Berücksichtigung).

Themen und Termine

I. Gerechte Regierung: Menschen- und Bürgerrechte - 13. Januar 2007

II. Soziale Gerechtigkeit: Verteilung von Gütern und Lasten - 3. März 2007

III. Gerechter Krieg? Probleme des Völkerrechts - 14. April 2007

IV. Gerechtigkeit angesichts der Globalisierung: Weltwirtschaftsordnung - 12. Mai 2007

V. Gerechtigkeit gegenüber künftigen Generationen und der Natur: Nachhaltigkeit - Herbst 2007

VI. Geschlechtergerechtigkeit - Herbst 2007

VII. Zusammenhänge und Widersprüche zwischen den verschiedenen Dimensionen von Gerechtigkeit - Herbst 2007

Literaturhinweise

Dieter Birnbacher: Verantwortung für zukünftige Generationen. Stuttgart 1988.

Ernst Bloch: Naturrecht und menschliche Würde. Frankfurt am Main 1985

(zuerst 1961).

Stefan Gosepath, Georg Lohmann: Philosophie der Menschenrechte. Frankfurt am Main 1998.

Axel Honneth: Kampf um Anerkennung. Frankfurt am Main 1992.

John Rawls: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main 1979.

Michael Walzer: Sphären der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main 1992.

Tagungsort

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.
Harkortstraße 10 - 04103 Leipzig

Tagungsbeitrag

Pro Seminar wird ein Teilnehmerbeitrag von 5 Euro erhoben.

Teilnahmebestätigung

Die angemeldeten Teilnehmer erhalten eine Bestätigung und weitere Informationen.

Anmeldung

Wir bitten um Anmeldung für die beiden Januar-Seminare bis zum 22. Dezember 2006. Für alle weiteren Seminare liegt die Anmeldefrist jeweils einen Monat vor dem Seminartermin.

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.
Harkortstraße 10 - 04107 Leipzig

Tel: 0341 9608531

Fax: 0341 2125877

RosaLuxemburg-
Stiftung.Sachsen@t-online.de

Unsere Genossin Elly Barche ist 100 Jahre alt

Elly Barche entstammt einer Arbeiterfamilie. Der Vater war Buchbinder und Elly arbeitete nach ihrer Schulzeit von 1921 - 1929 auch in diesem Fachbereich als Falzerin.

Mit ihren Eltern besuchte sie in ihrer Jugend Veranstaltungen (Wanderungen und Vergnügungen), die von der



Arbeiterklasse organisiert wurden. Dabei lernte sie ihren künftigen Mann kennen, der Fahnenträger bei der kommunistischen Jugend war.

Sie heiratete 1929 (Mann Gleisbauer) und hatte vier Kinder, von denen noch zwei leben. Ihre Tochter Rosemarie (verh.) ist jetzt 67 Jahre alt, war Lehrerin und kümmert sich liebevoll um ihre Mutter Elly. Auch sie hat sich nach 1945 wie Elly im Kampf für die sozialistischen Ziele engagiert. Elly war jahrelang für den DFD tätig. Seit 1982 lebt sie im Seniorenzentrum „Clara Zetkin“ im betreuten Wohnen, erfreut sich einer beidenswerten Gesundheit und geistigen Frische, hat bisher an unseren Mitgliederversammlungen regelmäßig teilgenommen und sich zu politischen

Fragen interessiert und kenntnisreich geäußert.

Das begnadete Alter von 100 Jahren liegt wohl in ihrer Familie, ihre Mutter starb mit 94 Jahren im Nexö-Heim.

Wir wünschen unserer Genossin Elly Barche weiterhin viel Gesundheit, damit sie noch lange und gerne an den Diskussionen in unserer kleinen Basisgruppe teilnehmen kann, denn wir schätzen ihre Erfahrungen sehr. Im Heim wohnen nur noch fünf Genossinnen (zwei unter 90 Jahre).

Wir sehr alten Genossinnen haben Mühe, die Entwicklung insgesamt und die der Linken.PDS zu verstehen. Wir versuchen immer wieder aus unserem Erfahrungsschatz der politischen Arbeit die Notwendigkeiten der Gegenwart mit Blick in die Zukunft zu diskutieren.

Brünnhilde Hentschel

Zur Enthüllung des Erich–Zeigner–Bildes

Erst wenige Tage befanden sich die sowjetischen Besatzungstruppen in Leipzig als Stadtkommandant Generalleutnant Nikolai I. Trufanow am 15. Juli 1945 Erich Zeigner zum neuen Oberbürgermeister ernannte. Zeigner war zu diesem Zeitpunkt ein 59jähriger, be-



reits von Krankheit gezeichneter Mann, der zum zweiten Mal die politische Bühne betritt – 22 Jahre nach einer imponierenden politischen Karriere als Justizminister und charismatischer sozialdemokratischer Ministerpräsident Sachsens, der im Krisenjahr 1923 gemeinsam mit den Kommunisten eine später von der Reichswehr abgesetzte Regierung gebildet hatte.

Für die SMAD war der gebildete Verwaltungsfachmann mit Regierungserfahrung der ideale Kandidat. Der neue Oberbürgermeister spannte in seiner ersten Rede nach seiner Amtseinführung am 14. Juli selbst den Bogen von der Vergangenheit in die Gegenwart: „Wie im Jahre 1923 übernehme ich das Amt in schwerster Stunde... weil ich heute noch weniger als damals eine andere geeignete Person für diesen Posten sehe.“ Zunächst wurde Zeigner von den Besatzungstruppen allerdings eher als Befehlsempfänger behandelt, wenngleich Trufanow nach eigenem

Bekunden durchaus bemüht war, „der seelischen Lage des deutschen Volkes gerecht zu werden“. Die nahezu täglichen Besprechungen auf der Kommandantur in der Döllnitzer Straße 25 (heute Lumumbastraße) waren fast ausschließlich von der unmittelbaren Nachkriegslage der schwer getroffenen Großstadt geprägt: Lebensmittelversorgung, Seuchengefahr, Energie- und Wasserversorgung, Verkehrswesen, das Schicksal der Flüchtlinge und nicht zuletzt Fragen der Entnazifizierung. Darüber hinaus standen die Wiedereröffnung der Leipziger Universität und der Neustart der Messe auf der Tagesordnung, beiden Themen wandte sich Zeigner mit Herzblut zu. Der Fülle dieser Aufgaben zeigte er sich durch seinen enormen Fleiß gewachsen. Zeigners Arbeitspensum füllt selten weniger als 16 Stunden täglich. Stets zur Seite stand ihm seine zweite Ehefrau Annemarie, die als faktische Privatsekretärin nicht nur das familiäre, sondern auch das berufliche Umfeld ihres Mannes behütete.

Bereits ab August 1945 wurde deutlich, dass Zeigner nicht nur „zum Vortrag“ bei Trufanow erschien, sondern in zunehmenden Maße selbst Fragen aufwarf und eigenständig Vorschläge mit dem Ziel der Legalisierung von Vorstellungen des Neuen Rathauses unterbreitete. Der Oberbürgermeister scheute sich auch nicht, ernste Themen in den Beziehungen zwischen Besatzung und Stadt zur Sprache zu bringen und protestierte beispielsweise gegen Übergriffe und Gewaltakte des sowjetischen Militärs. Auch überzogene Forderungen zur Demontage von Betrieben versuchte er abzuwehren, allerdings nur mit mäßigem Erfolg. Zeigners wachsende Selbstständigkeit wurde durch seine zahlreichen Kompetenzen in der Verwaltung befördert; da auf der Reichsebene keine Strukturen mehr existierten, waren dem Oberbürgermeister nicht nur das Hauptverwaltungsamt und damit die gesamte Stadtverwaltung, sondern zunächst auch sämtliche öffentlich-rechtliche Institutionen – darunter die staatseigenen Banken, Schulen und sogar die Krankenkassen – unterstellt.

Daneben hielt er fast jeden Tag wichti-

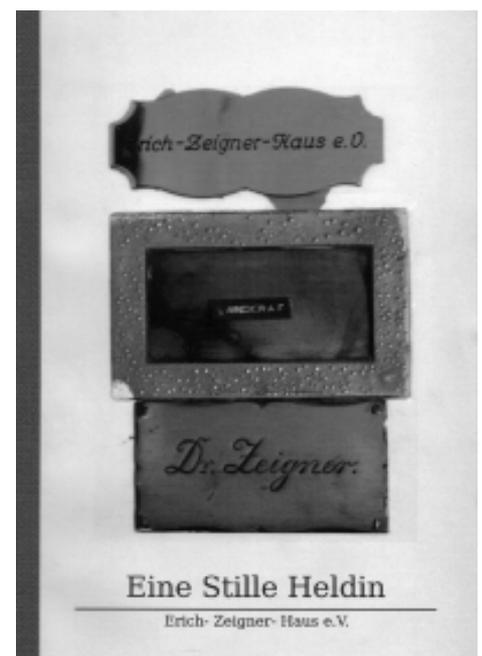
ge Reden wie beispielsweise bei der Gründung der Volkssolidarität in Leipzig am 6. November 1946; in dieser Ansprache führte er angesichts der riesigen Herausforderungen der unmittelbaren Nachkriegszeit u. a. aus: „Diese Aufgaben überschreiten die Leistungsfähigkeit des einzelnen, auch die der Stadtverwaltung und jeder anderen noch so großen Organisation.“

Es war dieses von ihm selbst benannte Übermaß an Arbeit, das den gesundheitlich ohnehin angeschlagenen Oberbürgermeister innerhalb weniger Jahre zermürbte. Er starb am 5. April 1949, vier Tage später fand auf dem Südfriedhof die Beisetzung Erich Zeigners statt, der für Leipzig nach dem Krieg geradezu ein Glücksfall war und von Trauerredner Fritz Selbmann treffend als Mann von „großen staatsmännischen Qualitäten“ gewürdigt wurde.

Es ist eine originelle Bereicherung des angemessenen Umgangs der Stadt Leipzig mit dem Zeignerschen Erbe, dass nunmehr ab heute nicht nur eine Gedenktafel am langjährigen Wohnhaus der Familie in der Zschocherschen Straße 21 an ihn erinnert, sondern auch das wunderschön gestaltete Plakat an der Stirnwand seines ehemaligen Wohnhauses.

Dafür möchte ich allen Beteiligten ganz herzlich danken.

Dr. Volker Külöw



Diese Broschüre ist zum Preis von 1,00 Euro in der Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS Leipzig im Liebknecht-Haus erhältlich.

„Nicht Papiere müssen wir gewinnen, sondern Menschen“

Linkspartei und DGB fordern Mindestlöhne und Hände weg von Gewerkschaftshäusern

In Weinböhla fand am 4. und 5. November 2006 die 2. Tagung des 9. Landesparteitages der Linkspartei.PDS Sachsen statt. Gleich zu Beginn berichtete eine Genossin, Mitglied der Gewerkschaft ver.di, über Armut und Leben mit Hartz IV in der Lausitz. Ihr schloss sich mit einem Grußwort der Landesvorsitzende des DGB Sachsen, Hanjo Lucassen, an. Er prangerte die Gesundheitsreform, die Rente mit 67 als Rentenkürzung und die Verspottung der Langzeitarbeitslosen und Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz durch die Politiker an. Dagegen begrüßte er ein bundesweites Ausbildungsprogramm für 50.000 Jugendliche, davon für 3.000 in Sachsen. Er forderte angesichts der Gewinne der Wirtschaft 7,50 Euro/Stunde Mindestlohn. Die sächsische CDU müsse sich in der Familienfreundlichkeit an konkreten Taten messen lassen, d. h. für die über 70.000 im Einzelhandel Beschäftigten darf es nicht nur verlängerte Ladenöffnungszeiten, sondern auch länger geöffnete und für alle bezahlbare Kindereinrichtungen geben. Den beabsichtigten Verkauf der Gewerkschaftshäuser bezeichnete Lucassen als verantwortungslos. Einmütig stimmten am Sonntag die Delegierten einer Protestresolution „Hände weg vom Gewerkschaftseigentum! – Kein Verkauf der Gewerkschaftshäuser!“ zu. Angenommen wurde auch ein Antrag gegen die Privatisierung der Deutschen Bahn AG.

Linkspartei steht zur Verantwortung für ein soziales und zukunftsfähiges Sachsen

In ihrer Rede drückte die Landesvorsitzende der Linkspartei.PDS Sachsen und Landtagsabgeordnete, Dr. Cornelia Ernst, die Freude des Landesverbandes über das Urteil des Sächsischen Verfassungsgerichtshofes zur Abweisung der Klage auf Mandatsaberkennung von Prof. Peter Porsch aus.

Wie ein roter Faden durchzog die „Verantwortung der Linkspartei.PDS für ein zukunftsfähiges und solidarisches

Sachsen“ ihre Rede. Armut ist tief in die Gesellschaft eingedrungen. Angesichts 4 Mio. Arbeitsloser wächst die Angst um den Arbeitsplatz auch unter Akademikern und gut Qualifizierten. Dies ist das Ergebnis von über 8 Jahren Rot/Schwarz/Grün. In Sachsen sind zig tausende hoch qualifizierte Menschen ohne Arbeit, viele Schulabgänger haben keine Lehrstelle oder werden nach Lehrabschluss nicht übernommen. Absolventen werden als überqualifizierte Praktikanten wie moderne Sklaven gehalten. Sachsen hat die höchste Abwanderungsrate in ganz Deutschland. Deshalb forderte Conny Ernst, die Hartz-IV-Gesetze abzuschaffen, Mindestlöhne zu gewährleisten und die Schaffung von Arbeitsplätzen durch eine aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Wir wollen nicht mehr Militärselbsterlöser und Ausbilder, sondern den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Aus der Zivil- ist eine Kontrollgesellschaft geworden – deshalb darf es keine biometrischen Personalausweise, europäische Datenpools und die Totalüberwachung mit Videokameras geben, über die sich vermummte Täter totlachen, da nur die Opfer registriert werden.

Neben Niederlagen bei OBM-Wahlen in diesem Jahr gab es auch Erfolge, wie die Bürgermeisterwahl in Bennewitz. Eine durchdachte und offensive Personalpolitik muss vor Ort und auf allen Ebenen erfolgen. Unter dem Beifall der Delegierten erklärte die Landesvorsitzende, die selbst auch Stadträtin in Dresden ist: „Das Engagement einiger Dresdner Stadträte für den Totalverkauf der Wohnungsbaugesellschaft (WOBA) war der Glaubwürdigkeit abträglich. Mehr noch als den Totalverkauf kritisiere ich, dass einige von ihnen aus diesem Einzelfall den Verkauf kommunalen Wohneigentums zur Programmatik der Partei machen wollten. Bundes- und Landespartei sind sich einig, dass die Privatisierung kommunalen Eigentums der falsche Weg ist. Auch in der neuen Partei werden wir uns gegen die Ver-

scherbelung kommunalen Tafelsilbers wehren. Wohnen ist ein elementares Gut, es gehört nicht privatisiert.“

Lafontaine fordert: Planen der Zukunft ist die größte Herausforderung der Linken

Als eine Lehrstunde über den bürgerlichen Parlamentarismus in der BRD gestaltete sich die mit viel Beifall bedachte Rede des Fraktionsvorsitzenden der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, Oskar Lafontaine. Er sprach über die Rolle und Verantwortung der Bundestagsfraktion beim Parteineubildungsprozess und die Aufgaben und Ziele der neuen Linkspartei. Er definierte Demokratie als System, in dem Regierungsgeschäfte nach den Interessen der Mehrheit ausgeführt werden. Stattdessen entscheidet die Bundespolitik in allen Fragen gegen die Mehrheit des Volkes. Das betrifft die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Rentenkürzung durch die Rente ab 67 oder die Hartz-Gesetze. 66 % der Deutschen sind gegen die Bundespolitik in Berlin. Trotz Demonstrationen setzen SPD, CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Grüne die neoliberale Politik fort. Die neue Linke muss immer im Gespräch mit den Menschen bleiben und die Interessen der Mehrheit verfolgen. Demokratie braucht Transparenz. „Wir dürfen nicht so sein oder so werden wie die anderen, sonst verspielen wir die Glaubwürdigkeit und gehören genauso abgestraft, wie die anderen.“ So wurde im Manifest zur Programmdiskussion aufgeschrieben, dass Mandatsträger der Linken, wo immer sie tätig sind, nicht auf den Lohnlisten irgendeines Wirtschaftsverbandes oder –unternehmens stehen. Das Proletariat bekommt soviel um sich und die Familie zu ernähren. Aber immer mehr Menschen gehören zum „Prekariat“, jenen Armen die nicht mal das Nötigste haben, keine Zukunft planen können und denen selbst die Kraft zum Widerstand genommen ist. Lafontaine forderte, diese Ausgrenzung aus dem gesellschaftlichen Leben zu beenden und forderte Mindestlöhne von 8 Euro wie in Frankreich oder Großbritannien und Schluss mit Löhnen von 3, 4, 5, oder 6 Euro je Stunde. Überhaupt hat es sich die Bundestagsfraktion aus Mitgliedern von Linkspartei und WASG zum

Arbeitsprinzip zu machen, das zu fördern, was in anderen EU-Staaten selbstverständlich ist.

Lafontaine rechnete vor, dass in Deutschland mit derzeit 34 % Steuern für Unternehmen bei 50 % wie in Schweden 330 Mrd. Euro und bei 40 % wie im europäischen Durchschnitt 150 Mrd. Euro mehr bringen würden. Bei 40.000 Euro Bruttolohnkosten würden 200 Mrd. Euro ausreichen, um die 5 Mio. Arbeitslosen in Vollerwerbsarbeit zu bringen. Bei 330 Mrd. Euro blieben sogar 130 Mrd. übrig. Stattdessen gewährt die Koalitionsregierung sogar noch 5 Mrd. Euro Steuernachlass. Die Lohnkostensenkung von 17 Mrd. Euro heißt hälftiger Gewinn für die Unternehmen von 8.5 Mrd. Euro. Der Allianz-Konzern macht 6 Mrd. Euro Gewinn und entlässt trotzdem tausende Beschäftigte. Deutschland ist im Warenexport das wettbewerbsfähigste Land der Welt.

Überhaupt müsse das nicht im Volk erfundene Wort „Lohnnebenkosten“ ins Deutsche übersetzt werden. Es ist das Geld für Rentner, für Kranke, für Arbeitslose, für Pflegebedürftige. Also verfolgen alle Parteien, die mit uns konkurrieren als zentralen Punkt die Kürzung der Mittel für die Betroffenen. Das zweite Wort, was die Hirne vernebelt, ist „Flexibilisierung der Arbeitsmärkte“.

Flexibilisierung heißt aber kein Kündigungsschutz, keine Tarifverträge, befristete Arbeitsverträge, möglichst niedrige Löhne, Arbeitszeiten rund um die Uhr ohne Rücksicht auf Familie und kulturelle Belange. Der Liberale John Stuart Mill hat gesagt, ganze Bereiche der Wirtschaft kann man nicht marktwirtschaftlich organisieren. Darunter fallen die Netze der Energieversorger. Netze gehören verstaatlicht, sonst ist das nicht mehr zu kontrollieren und zu regulieren. Deshalb hat die Linke im Bundestag eingebracht, die Preiskontrolle bei Strom und Gas wieder einzuführen. Eine Gesellschaft kann nur funktionieren, wenn der Markt staatlich eingeeignet ist, wenn wirtschaftliche Macht gebrochen wird, wenn die Gesellschaft wieder ihre Interessen formuliert. Eigentum und Macht ist die Kernfrage für Linke überhaupt, sonst gibt es keine Programmatik. Das betrifft auch die Haushaltspolitik. Auch vor dem Hintergrund des diskutierten Wohnungs-

verkaufs steht diese Frage. Wenn man den Fonds, die keine sozialen Einrichtungen sind, sondern Rendite erwirtschaften, Wohnungen verknopft, steigen die Mieten um 20 %. Aber es geht ja nicht nur um Wohnungen, wie beim Woba-Verkauf in Dresden, sondern um kommunales Leben überhaupt.

Aufgaben für die nächsten Monate abgesteckt

Sebastian Scheel, bis 2004 Leipziger Stadtrat und heute stellvertretender Landesvorsitzender sowie Landtagsabgeordneter, sprach zur Fortführung des ALEKSA – Prozesses „Alternativen denken - Konzepte entwickeln – Gemeinsam handeln“. Darüber wurde diskutiert. Grundlage dafür soll auch das „Alternative Landesentwicklungskonzept für den Freistaat Sachsen – ALEKSA.“, sein.

Der Samstagabend wurde fast ausschließlich von jugendlichen Delegierten gestaltet. Logisch, dass auch der „Fahnenstreit“ vom Sommer um die BRD-Flagge eine Rolle spielte. Da wurde manches Selbstkritische geäußert. Die Diskussion bekräftigte die Feststellung von Conny Ernst, dass Jeder Teil der Gesamtpartei ist und auf diese zurückfällt, auch was einzelne tun.

Aber es gab auch viel Erfolgreiches zu berichten und gibt es klare auf die Zukunft gerichtete Initiativen. So soll es künftig statt bisher bis zu fünf Gruppen nur einen Jugendverband geben, dem alle Mitglieder der Partei bis zu einem Alter von 27 Jahren angehören. Nahezu einstimmig sprach sich der Parteitag dafür aus, den demokratischen Sozialismus als Weg, Ziel und Wertesystem in der programmatischen Debatte zu diskutieren und als Identitätskern in das Statut der neuen Partei aufzunehmen. Außerdem stimmte der Parteitag einstimmig einem Antrag von Dr. Dietmar Pellmann aus Leipzig und Hans-Jürgen Muskulus aus Dresden für eine soziale und solidarische Gesundheitsreform zu. Ergänzend wurde in den Antrag das langfristige Ziel einer demokratisch kontrollierten Einheitskasse aufgenommen. Die sächsische Linkspartei setzt sich für eine solidarische Bürgerversicherung im Gesundheitswesen ein, in die alle entsprechend ihrer Gesamteinkünfte einzahlen. Die Landtagsfraktion soll sich für eine Be-

teilung des Freistaates an der Förderung von Gesundheitszentren/Polikliniken, eine flächendeckende Anstellung von Gemeindeschwestern, die Stärkung und bessere personelle Ausstattung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, insbesondere der Lebensmittelkontrollen, sowie für die Ansiedlung von Ärzten in unterversorgten Gebieten durch die Bereitstellung öffentlicher Gelder einzusetzen. Die Kreis-, Stadt und Gebietsverbände sollen durch politische Aktivitäten die Einbringung dieser Inhalte in die Gesundheitsreform der Bundesregierung zu organisieren.

Der wiederholt in den Medien geführten Diskussion über Kronprinzessin oder Kronprinz um den Vorsitz der Landtagsfraktion erteilte Peter Porsch eine Absage. In seiner Rede am Sonntag zog er eine Bilanz der Arbeit der Fraktion in den zurück liegenden beiden Jahren. Die PDS ist in Sachsen die einzige Partei, die bei Landtagswahlen ihren Stimmenanteil kontinuierlich von 10 % auf 23 % erhöhte. Die Fraktion nimmt den Anspruch sehr ernst, stärkste politische Gestaltungspartei in der Opposition zu sein. Peter Porsch erklärte, dass er den Fraktionsvorsitz aktiv weiterführen und zum 1. Juli 2007 an einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin übergeben wird. Das Abgeordnetenmandat will er bis zur Landtagswahl 2009 wahrnehmen.

Der Entwurf für eine Satzung für den Landesverband der neuen Linkspartei wurde eingebracht. Sachsen ist hierbei Schrittmacher, hat es doch in den zurückliegenden Monaten weniger Streit als anderswo gegeben und arbeiten Vorstände von WASG und Linkspartei auf verschiedenen Ebenen eng miteinander. Diese Landessatzung soll bis Januar 2007 in den Basisorganisationen diskutiert werden. Auf einem Konvent der neuen Linken wird diese ebenso wie eine Finanzordnung beraten.

Siegfried Schlegel

Geschlossen

Die Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS im Liebknecht-Haus bleibt vom 21. Dezember 2006 bis 1. Januar 2007 geschlossen. Ab 2. Januar gelten wieder die bekannten Öffnungszeiten.

„Da sind wir aber immer noch...“



In der Vergangenheit mussten wir, Mitglieder der FDJ, gerade auch in Sachen immer wieder erleben, wie unser

Blauhemd und das FDJ-Symbol versucht wurde zu kriminalisieren. Wenn es nach dem Willen der Regierenden geht, soll die FDJ aus der sichtbaren Öffentlichkeit verschwinden.

Aus diesem Grund hat die Landtagsfraktion der Linkspartei.PDS im sächsischen Landtag eine öffentliche Anhörung organisiert.

Wenn man als DDR-Bürger in den letzten 16 Jahren etwas gelernt hat, dann dass in dieser BRD Rechthaben und Rechtsbekommen zweierlei ist.

Die DDR gibt es nicht mehr: Aber es gibt noch das Bewusstsein der gelebten, gesellschaftlichen Alternative und das Wissen, dass – trotz aller gemachten Fehler – es mit der DDR 40 Jahre Frieden in Europa gab, insbesondere auch deshalb, weil man die Umsetzung des Potsdamer Abkommens ernst nahm.

Und auch deshalb sind die derzeit Herr-

schenden so eifrig bemüht, selbst die Erinnerung daran auszulöschen.

Aber das wird ihnen nicht gelingen: Denn wir – die FDJ – sind noch da! Zusammen mit euch und all jenen, die sich für die DDR tatkräftig einsetzten und die wie wir der Meinung sind, dass die DDR das bessere Deutschland war.

Und deshalb geht es in dieser öffentlichen Anhörung am **11. Januar 2007 ab 10:00 Uhr** im und vor dem sächsischen Landtag eben nicht nur um unser Symbol.

Es gilt deutlich zu machen, dass man damit all jene zu kriminalisieren versucht, die hierzulande nicht aufhören, gegen Faschismus und Krieg zu kämpfen.

Kommt also vorbei und kommt zahlreich! „Auf Dich kommt es an – auf uns alle!“

Infos bei Marina unter 0174/6923274 oder per mail an logo@fdj.de.

Auch Sächsische Gerichte und Polizei gegen Neonazismus in der Pflicht

In einem Interview zu rechtsextremen Ausschreitungen an einer Schule in Pary erklärte der Innenminister von Sachsen Anhalt, Holger Hövelmann, dass möglichst viele Menschen bei rechtsextremen Vorfällen, insbesondere bei der Kundgabe rechtsextremen Gedankengutes nicht wegsehen, sondern offensiv dagegen Stellung beziehen. Eine solche Haltung wird bei den regelmäßigen vom Hamburger Neonazi Worch in Leipzig organisierten Aufmärschen jedoch von den Verantwortlichen der Polizei aus mehreren Bundesländern vermisst. So erschallten nur wenige Tage vorher, am 3. Oktober, in Leipzig Sprechchöre, ohne dass dagegen eingeschritten wurde, wie: „Leipzig erwache“, „frei, sozial und national – Straße frei der deutschen Jugend“ oder „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“ und „Nie, Nie, Nie wieder Israel“. Selbst als Redner dazu aufriefen: „Wir kommen eines Tages wieder und dann wird Connewitz geräumt. Das Volk wacht auf. Der Marsch wird durch das Brandenburger Tor direkt in den Bundestag gehen. Deutschland ist noch lange nicht vereint, es wird noch dauern, dass in einigen Gebieten

nicht mehr Russisch, Französisch, Polnisch oder Tschechisch gesprochen wird“, dachte der Einsatzleiter der Polizei nicht daran, trotz Aufforderung von Stadträten und eines Landtagsabgeordneten, dagegen einzuschreiten. Anzumerken ist, dass im Leipziger Stadtteil Connewitz, der durch Hausbesetzungen in der Wendezeit bundesweit von sich Reden machte, heute Hausbesetzer und Bewohner, die schon viele Jahre hier wohnen, Senioren in Wohnhäusern mit Betreuungsangeboten sowie Familien in neuen Wohnanlagen oder Eigenheimen gemeinsam ihr Zuhause haben. Es sollte auch daran erinnert werden, dass es im Oktober 1989 bei den Leipziger Demonstrationen keine Gewalt gab, aber sächsische Polizisten vor 5 Jahren am 3. November 2001, gewaltsam gegen tausende Leipziger vorgingen, die sich schon damals einer „Worch-Neonazidemonstration“ auf dem Ring in den Weg stellten. In unverhältnismäßiger Weise setzten damals einzelne Polizisten, die hinter der Polizeikette liefen, Pfefferspray ein, was ohne Vorwarnung nicht zulässig ist. Zahlreiche in der ersten Reihe Stehende wurden dabei verletzt, dar-

unter die Landtagsabgeordnete Cornelia Ernst und die Stadträtin Margitta Hollick. Trotz Strafanzeigen wurden bis heute die Vorkommnisse von Leipzig nicht aufgeklärt, geschweige denn, dass sich der Leipziger Polizeidirektor vor dem Leipziger Stadtrat bei den Leipzigerinnen und Leipzigern für das brutale und unverhältnismäßige Vorgehen der eingesetzten Polizeikräfte am Augustusplatz entschuldigt hätte. Mit der Einstellung der Untersuchungen deckten sächsische Staatsanwälte Straftaten von Polizisten gegenüber couragierten Menschen und offenbarten sächsische Justizbeamte, die regelmäßig gegen den Willen der Stadt Leipzig die Aufmärsche der Neonazis auch in Richtung sensibler Ziele genehmigen, Toleranz gegenüber neonazistischer Gesinnung. Dass ein Innenminister Zivilcourage von den Bürgern einfordert ist richtig, aber ebenso wichtig ist, dass auch die „Staatsbürger in Uniform“ oder in den Richterroben ihrer Verantwortung gerecht werden. Das Demonstrationsverbot des Bundesverfassungsgerichtes gegen Worch und Anhänger am 28. Oktober in Göttingen, wo ihm nur eine Kundgebung am Bahnhof genehmigt wurde, lässt hoffen.

Siegfried Schlegel

Gipfel stürmen, Kritik üben und Alternativen denken.

Im Juni 2007 steht eine der, vor allem in der Linken, schon derzeit am intensivsten thematisierten Veranstaltungen bevor: der Gipfel der Gruppe der 8 wird im Ostseebad Heiligendamm zelebriert werden. Vielmehr als eine Zelebration der eigenen Stärke sollte dieses Treffen der Staatschefs/innen und MinisterInnen der sieben führenden Industrienationen plus Russland eigentlich nicht sein, denn einerseits hat das Gremium keine offizielle Legitimation für die seit 1975 Jahr für Jahr geführten „Kamingespräche“ über wirtschaftspolitische Fragen und weltpolitische „Konfliktlösungsstrategien“, andererseits verliert der Club an realer Wirkungsmächtigkeit. Drängen einerseits andere Nationalstaaten bzw. Verbände von Nationalstaaten auf den Markt (z. B. China als zweitgrößte oder Indien als viertgrößte Wirtschaftsmacht) wird der Einfluss der Politik an sich durch andere, globale Akteursgeflechte, wie transnationale Konzerne unterminiert. Auch in den globalen wirtschaftspolitischen Institutionen wie dem IWF (Internationalen Währungsfonds) oder der WTO (Welthandelsorganisation) büßt das G7/ G8-Netzwerk an Macht ein.

Trotzdem ist die Relevanz der G 8 als einem Akteur im globalen kapitalistischen Herrschaftsgeflecht nicht gering zu schätzen und so werden im Sommer nächsten Jahres in Heiligendamm schwere Geschütze aufgeföhren werden. Deutschland hat nach Russland den Vorsitz und damit Gastgeberstatus des Gipfeltreffens inne. Das Kempinski Grand Hotel Resort Heiligendamm wird der Kristallisationspunkt des Treffens sein. Bereits jetzt beginnt in dem wenige hundert Einwohner zählenden Ostseebad eine kleine Privatisierungswelle: verschiedene Gelände sind es bereits und auch Teile des Strandrades sind im Visier.

Die Vorbereitung von Gegenaktivitäten (vom Gegengipfel bis zur Massenblockade des „ordentlichen“ Gipfels) ist in verschiedensten linken und zivil-

gesellschaftlichen Spektren (attac, Linkspartei, Gewerkschaften über kirchliche Kreise, die entwicklungs- oder umweltpolitische Szene bis zu linksradikalen KommunistInnen oder AnarchistInnen) bereits im Gange. Die Mobilisierungsphase hat dabei sowohl aufklärerische wie verknüpfende Aspekte. In zahlreichen Veranstaltungen und Publikationen werden die Auswirkungen kapitalistischer Ausbeutungspolitik, für die die G 8 symbolisch stehen, thematisiert. Linke, zivilgesellschaftliche und themenspezifisch arbeitende Akteure finden in diesem Zuge zueinander und möglicherweise zu einem Bündnis ohne Gleichschaltung der eigenen Forderungen in Bezug auf gesellschaftliche Veränderungen.

Eine zentrale Aufgabe bleibt es, die Kritik an dem konkreten Treffen der G 8, die Politik für die sie stehen, herunterzubrechen. Der neoliberale Kapitalismus mit seiner Logik des Zurückfahrens staatlicher Regulation im wirtschaftlichen wie sozialen Bereich wird seit den 80er Jahren, dem Durchbruch der Privatisierungslogik bspw. in Großbritannien mit Margaret Thatcher, von dem millionenschweren Staats-Oberhaupt-Netzwerk-Treffen durch mediale Inszenierung symbolisch, andererseits durch handfeste Intervention forciert. Vor dem Hintergrund der Schuldenfalle in die zahlreiche Schwellen- und Entwicklungsländer mit der Schuldenkrise 82/83 ganz offensichtlich geraten waren, der Gründung der WTO 1994 mit ihren globalen Deregulierungs- und Liberalisierungsabkommen GATT, GAT und TRIPS, war die G 7 (minus Russland) jeweils zentraler Akteur, der sich zur Zementierung der eigenen Machtposition und zur Stabilisierung des globalen Machtverhältnisses koordinierte und als Block in den Gremien der konkreten Politik, wie der Weltbank und dem IWF, vorging.

Die im November zur endgültigen Beschlussfassung im Europäischen Parlament vorliegende EU-Dienstleis-

tungs-„Bolkestein“-Richtlinie ist ein Projekt mit weit reichenden Folgen für unser Leben. Sie bettet sich in die Logik der Liberalisierung der Märkte sowohl für materielle wie auch immaterielle Waren (Dienstleistungen) zuungunsten der ArbeitnehmerInnen, VerbraucherInnen oder ökologischer Standards ein. Genauso sind das weit reichende und nicht abgeschlossene Sozialabbauprogramm - in Deutschland von rot-grün begonnen und von schwarz-rot rigoros fortgeführt, die Privatisierung von Bildung - deutlich zum Beispiel durch den zur Disposition stehenden freien Zugang zu den Hochschulen oder der Wettkampf um den Status von Elite-Uni und der damit verbundenen Sonder-Förderung- und die Privatisierung der Öffentlichen Daseinsvorsorge in den Kontext der von den G 8 betriebenen Politik zu stellen. Linkspartei und WASG sind Teile der Protestbewegung gegen den G 8-Gipfel und für alternative Gesellschaftskonzepte. Nicht Profite sondern der Mensch muss das Zentrum von wirtschaftlichem und politischem Handeln sein. In Leipzig gegen die Zumutungen von Hartz IV, gegen die rigorose Inwertsetzung von bisher staatlicher Energie-, Wasser-, Wohnraumversorgungsunternehmen vorzugehen, steht dabei im selben Kontext wie der Kampf gegen die Entrechtung von Indigenas in den Staaten Lateinamerikas oder für globale Bewegungsfreiheit von Menschen jenseits rassistischer oder rein verwertungsorientierter Kategorien. Eine Vielzahl von Netzwerken bereitet sich auf den Sommer 2007 vor, auch Linkspartei und WASG haben eine Kampagne unter dem Motto „G8 – Gipfel der Ungerechtigkeit. Menschen vor Profite“ gestartet und in Sachsen steht die Begründung eines entsprechenden Bündnisses bevor. Die kommende Ausgabe der Zeitung der Jungen Linken.PDS Sachsen, der neurotiker, wird sich darüber hinaus intensiver mit der Thematik beschäftigen.

„Global Denken, lokal Handeln“ sollte - nicht nur in Hinblick auf die anstehenden, mit dem G8-Gipfel verbundenen Handlungsfelder – ein Leitspruch linker Politik vor Ort sein.

Aktion des Sozialforums Leipzig und „Die Überflüssigen“ zum Weltspartag am 30.10.2006

Sparen ist gut – wenn man etwas hat, was man noch sparen kann! Akteure des Sozialforums Leipzigs und „Die Überflüssigen“ machten mit ihrer Aktion aus gegebenem Anlass darauf aufmerksam, dass immer weniger etwas „übrig“ haben. Im Gegenteil, eine wachsende Zahl von Leipzigern muss nach der Regel-satzVO des ALG II ihr Leben, das Überleben, gestalten.

Unter der Forderung „Arbeit und Würde statt Suppenküchen und Almosen“ demonstrierten wir die gesetzlich verordnete Armut mit einer Leine voller

leerer „Sparstrümpfe“ und verteilten Handzettel mit ausgewählten Beispielen: 6,09 Euro für Schuhe, 1,33 Euro Schreibwaren für Kinder, 2,25 Euro monatlich für eine Waschmaschine oder 19,86 Euro Mobilitäts-(Fahr-)kosten. Wir wollen es nicht verhehlen, dass die Resonanz sehr gemischt war, von Ablehnung über Desinteresse bis zu Befürwortung und Bekundung zu tätiger Mitwirkung. So wurden wir gefragt, wie und wo man sich in solch aktiven Protest einbringen kann. Auch unser Markenzeichen – die roten T-Shirts der „Überflüssigen“ finden interessierte

Nachfrage. Ein an den Rollstuhl gefesselter EU-Rentner bietet finanzielle und materielle Hilfe für noch hilfebedürftigere Menschen an. Ein Pärchen aus Frankreich nimmt erstaunt zur Kenntnis, dass es auch in Leipzig ein Sozialforum, analog wie in ihrer Heimat, gibt. Es wünscht uns Ausdauer und Erfolg. Wir wünschen uns, dass es auch in Deutschland gelingen möge „französisch“ unseren Protest unüberhörbar werden zu lassen.

Dann ist es so weit, wir brechen auf zur montäglichen Demonstration, nicht bereit, uns mit der „Armut per Gesetz“ für Zehntausende in dieser Stadt, für Millionen in diesem Land abzufinden.

Petra Weißfuß

Grundsicherung / Grundeinkommen – bedingungslos oder bedarfsorientiert

Die AG „Soziale Politik“ setzte am 24. Oktober ihre Diskussionreihe „Arbeit als Menschenrecht? Ist Vollbeschäftigung noch realisierbar?“ mit dem Schwerpunkt „Grundeinkommen – bedingungslos oder bedarfsorientiert“ fort.

Auf der Grundlage eines Beitrages von Florian Tuzek (Sozialforum Leipzig) zum bedingungslosen Grundeinkommen debattierten die Teilnehmer, die aus unterschiedlichsten politischen und gesellschaftlichen Kreisen kamen, in anregender Weise diese Thematik. Dabei wurden Fragen aufgeworfen wie:

- Gibt es noch ein Recht auf Arbeit, wenn es nicht genug gibt?
- Verwahrlost der Mensch ohne Arbeit?
- Kann es Vollbeschäftigung noch geben?
- Was ist überhaupt Arbeit, Lohnarbeit, Erwerbsarbeit, gesellschaftlich nützliche Arbeit?
- Welchen Stellenwert hat Arbeit (im Sinne Erwerbsarbeit) für den Einzelnen?

Im Verlauf der Diskussion wurde sichtbar, dass das Verhältnis zur Arbeit als sinnerfüllte zweckgerichtete Tätigkeit und der gesellschaftlich erzwungene Ausschluss (Arbeitslosigkeit) davon sehr konträr wahrgenommen werden. Eine bisher wenig diskutierte Rolle

spielt dabei die unterschiedliche Lebenserfahrung mit der Arbeitswelt und der Arbeitslosigkeit in Ost und West. Während in Ostdeutschland die ausbeutungsfreie Arbeit überwiegend ein unverzichtbarer Bestandteil sozialer Beziehungen – bis in die Familien hinein – darstellte, die abrupt durch Massenarbeitslosigkeit zur Entwurzelung Tausender führte, bestimmte in Westdeutschland die kapitalistische Lohnarbeit auch die Beziehungen des Beschäftigten zur Arbeitswelt.

Die Diskussion zum bedingungslosen Grundeinkommen – maßgeblich getragen von jüngeren Menschen ohne die Erfahrungen der DDR-Arbeitswelt – negiert die sozio-psychologische Funktion des Rechtes auf Arbeit für ein sinnerfülltes menschliches Leben. Dabei geht es nicht gegen das sog. „Recht auf

Faulheit“, es geht um gesellschaftliche Teilhabe, um menschliche Selbstverwirklichung. Neu zu bestimmen sind Inhalte und Umfang gesellschaftlich nützlicher Arbeit. Eine Neuverteilung des gesellschaftlichen Arbeitsvolumens (u. a. Arbeitszeitverkürzung) ist durchaus in der Lage, das Phänomen Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen. Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen wiederum findet sich letztlich mit einem Dauerzustand der Massenarbeitslosigkeit ab und unterschätzt die gesellschaftliche Funktion von Arbeit. Besonders verheerend wirkt sich dies auf die nachwachsende Generation aus, die gar nicht erst in den Arbeitsprozess hineinwächst. Es liegt ein gewisser Zynismus in der Aussage: „Du erhältst ein Grundeinkommen ohne dafür etwas leisten zu dürfen.“

Die Diskussion ist noch lange nicht abgeschlossen und wird deshalb weitergeführt.

Petra Weißfuß

Luxemburg–Liebknecht–Demo in Berlin

Zur Luxemburg–Liebknecht–Demonstration am 14. Januar 2007, fährt ein Bus ab Leipzig, Goethestraße. Der Unkostenbeitrag beträgt dafür 10 Euro pro Person. Ab sofort könnt Ihr Eure Teilnahme in der Geschäftsstelle anmelden. (0341 14064411).

Luxemburg–Liebknecht–Demo in Leipzig

Die Luxemburg–Liebknecht–Ehrung mit Demonstration in Leipzig beginnt am 15. Januar 2007, 17:00 Uhr mit einer Demonstration von der Gustav-Freytagstraße zum Liebknecht-Haus, Braustraße. Dort findet 18:00 Uhr eine Kundgebung statt, auf der das Liebknecht-Haus offiziell an die Linkspartei.PDS Leipzig übergeben wird.

Die Zeit für eine Diskussion ist viel zu kurz! Mischen wir uns ein!

Basiskonferenz zur Diskussion der Gründungsdokumente am 17. November

Die heiße Phase des Parteineubildungsprozesses hat begonnen. Nicht mal mehr ein Jahr bleiben Linkspartei.PDS und WASG noch, um gemeinsam die neue linke Partei in der Bundesrepublik auf den Weg zu bringen.

Nun ist es an der Zeit, dass sich die Mitglieder beider Parteien und andere Interessierte in den Prozess und die Diskussion der vorliegenden Dokumente aktiv einbringen. Denn eines ist klar: Die Bildung der neuen Partei gelingt nur dann, wenn sie von der Basis getragen und gestaltet wird. Unter dieser Zielstellung fand am 17. November eine

ze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit. Auch der Mensch ist nicht frei, der seine Mitmenschen unterdrückt und ausbeutet. Freiheit, Gleichheit, Solidarität sind mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation untrennbar verbunden". (Antrag von Lothar Bisky, Gregor Gysi und Oskar Lafontaine an die Parteivorstände von Linkspartei.PDS und WASG vom 17. November 2006)

Die Entwürfe der Gründungsdokumente der Partei DIE LINKE zu diskutieren und dafür Änderungsvorschläge zu machen, nahmen ca. 90 Interessierte zum Anlass an der Basiskonferenz teil-

„Die Linke bekennt sich zum demokratischen Sozialismus. Freiheit und soziale Sicherheit, Demokratie und Sozialismus bedingen einander. In einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft ist die Freiheit des anderen nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit. Auch der Mensch ist nicht frei, der seine Mitmenschen unterdrückt und ausbeutet. Freiheit, Gleichheit, Solidarität sind mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation untrennbar verbunden“.

(Antrag von Lothar Bisky, Gregor Gysi und Oskar Lafontaine an die Parteivorstände von Linkspartei.PDS und WASG vom 17. November 2006)



offene Basiskonferenz, organisiert von Mitgliedern der Linkspartei.PDS und der WASG, statt.

„Die Linke bekennt sich zum demokratischen Sozialismus. Freiheit und soziale Sicherheit, Demokratie und Sozialismus bedingen einander. In einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft ist die Freiheit des anderen nicht die Gren-

zunehmen. Es wurde eine von Anfang spannende Diskussion, drei Impulsreferate zu Beginn der Basiskonferenz gehalten und 14 TeilnehmerInnen sprachen in der Diskussion. Der Spannungsbogen in der Diskussion reichte von der Ablehnung von Bundeswehreinheiten unter UNO-Kontrolle, der fehlenden Kennzeichnung der Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge als neoliberale Politik in den Eckpunkten bis zur Klage, dass die Diskussionszeit für die Eckpunkte viel zu



kurz sei. Einen breiten Raum in der Diskussion nahm das notwendige Bekenntnis der LINKEN zum demokratischen Sozialismus ein (Nach Ende der Basiskonferenz wurde eine klarere Bestimmung der programmatischen Richtung zur Ergänzung der Eckpunkte veröffentlicht – siehe Kasten).

Bei Erscheinen des Mitteilungsblattes wird die Diskussion bereits abgeschlossen sein. Denn schon am 10. Dezember werden in einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS und des Bundesvorstandes der WASG in Berlin Beschlüsse zur Veröffentlichung der Leitansätze zu den Gründungsdokumenten an die parallel tagenden Bundesparteitage im März 2007 gefasst werden. In der nachfolgenden Urabstimmung (30. März bis 18. Mai 2007) sind dann die Gründungsdokumente durch die Mitglieder beider Parteien zu bestätigen.

Obwohl die Diskussionszeit knapp war, fand die Mehrheit der TeilnehmerInnen, war die Basiskonferenz in Leipzig ein notwendiger und bedeutender Schritt auf dem Weg zur Bildung der NEUEN LINKEN.

Gerd Eiltzer



Regelmäßige Termine

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d.
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag im Monat, 15:00 Uhr und 18:30 Uhr

AG Betrieb & Gewerkschaft

jeden 2. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Cuba si

jeden 2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

jeden 1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Lisa

jeden 3. Montag, 19:00 Uhr

AG Parteireform von unten

jeden 3. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Senioren

jeden 1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

jeden 1. Dienstag, (Arbeitsberatung) und jeden 4. Dienstag, (thematische Veranstaltung, 18:00 Uhr, linxxnet.

AG Tollwut

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

GBM e. V. – Sprechstunden

jeden 1. Montag, 9:30 bis 11:00 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

jeden 3. Mittwoch, 15:00 Uhr

IG Wohnungs- und Mietpolitik

jeden 3. Dienstag, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

jeden 4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a

Kommunistische Plattform

jeden 1. Donnerstag, 18:30 Uhr

Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

Die Linke.Hochschulgruppe

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

Rentenberatung

Termine nach telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 14 06 44 11

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

Terminvorschau

Di., 5. Dezember 2006 - 18:00 Uhr

Vernissage zur Fotografie-Ausstellung: »Prora – ein ›Kraft durch Freude‹-Projekt des NS-Regimes« von Sandra Schubert und Marcel Noack, Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig. Eröffnung und Einführung: Sandra Schubert und Prof. Dr. Werner Bramke. RLS.

Do., 7. Dezember 2006 - 9:00 Uhr

Jahresabschluss der AG Senioren. LHL.

Do., 7. Dezember 2006 - 14:00 Uhr

Kreativnachmittag. Der Jahreszeit entsprechend, soll vor allem Weihnachtsschmuck gebastelt werden. Bürgerbüro MdB Dr. Barbara Höll, Gorkistraße 120.

Do., 7. Dezember 2006 - 19:15 Uhr

Vortrag und Diskussion: Neocons und Feminismus? Neue Herausforderungen für Geschlechterverhältnisse und Geschlechterpolitiken. Mit Katharina Pühl, M. A., Basel. In Zusammenarbeit mit powi+, Freundeskreis Politikwissenschaft Leipzig, StudentInnenRat Uni Leipzig, Herbert-Wehner-Bildungswerk u. a. Universität Leipzig, Hörsaal Beethovenstraße 15.

Sa., 9. Dezember 2006 - 20:00 Uhr

Ausstellungseröffnung „Konstruktion-Dekonstruktion“ Fotos von Alicja Jonowska (Krakow). linXXnet.

Di., 12. Dezember 2006 - 18:00 Uhr

Buchvorstellung und Diskussion: Wiederkehr der Proletarität – Abschied vom Proletariat?

Das Projekt »Klassenanalyse@BRD« der Marx-Engels-Stiftung, Vorstellung der bisher erschienenen drei Bände. Mit Prof. Dr. Ekkehard Lieberam und Dr. Herbert Münchow. RLS.

Mi., 13. Dezember 2006 - 14:00 Uhr

Sitzung des Leipziger Stadtrates. Neues Rathaus, Stadtratssaal.

Do., 4. Januar 2007 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Möglichkeiten des Einsatzes erneuerbarer Energien. Mit Prof. Finster. LHL.

Mi., 10. Januar 2007, 18:00 Uhr

Buchvorstellung und Diskussion: "Ostdeutschland – Zwischen Währungsunion und Solidarpakt II" Mit Karl Mai, Halle, Mitautor und Mitherausgeber. Moderation: Dr. Dieter Janke. RLS.

Mo., 15. Januar 2007 - 17:00 Uhr

Von Rosa zu Karl: Luxemburg-Liebknecht-Ehrung in Leipzig, Demonstration ab Luxemburg-Steile mit anschließender Kundgebung vor dem Liebknecht-Haus. Treff: Gustav-

Freytag-Straße.

Mi., 17. Januar 2007 - 18:00 Uhr

Die Arbeitsgruppe Politische Bildung lädt unter dem Thema: „Die Arbeitswelt im Wandel - Arbeitsmarkt – Kapitalverwertung – Lebenswelt“ zum Bildungsabend ein. Diskussionspartner: Dr. Dieter Janke, Fraktionsassistent der Linksfraktion. PDS im Stadtrat zu Leipzig; ND - Autor. Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. d. 18. Oktober 10a.

Sa., 27. Januar 2007 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen. Gezeigt wird der Film: „Sie nannten ihn Amigo“. Der Eintritt ist frei. LHL.

Mi., 31. Januar 2007, 18:30 Uhr

Vortrag und Diskussion: Die Linke und das Streben um die politische Macht. Teil 2. Mit Prof. Dr. Ekkehard Lieberam, Leipzig, Klub Gshelka, An der Kotsche 51.

Do., 1. Februar 2007 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Macht und Herrschaft des Kapitals in der Bundesrepublik Deutschland. Mit Paul Glier. LHL.

Die Redaktion des Mitteilungsblattes und der Stadtvorstand der Linkspartei.PDS Leipzig wünschen allen Leserinnen und Lesern, allen Mitgliedern und SympathisantInnen der Leipziger Linkspartei sowie unseren Freunden der WASG frohe und friedliche Weihnachten und einen guten Start ins Jahr 2007.

Impressum:

Herausgeber:

Linkspartei.PDS Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18
homepage: <http://www.linksparitei-leipzig.de>, email: vorstand@linksparitei-leipzig.de

Spendenkonto:

Sparkasse Leipzig, KontoNr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion:

Steffi Deutschmann, Christine Halle, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung:

Sören Pellmann

Druck:

GNN-Verlag Schkeuditz, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 1/2007 ist Donnerstag, 4. Januar 2007. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.